

Die Transformation unserer Welt?

von Jakob Mussil

Am 25. September 2015 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die 2030 **Agenda für Nachhaltige Entwicklung** verabschiedet, welche unter anderem 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) enthält. Die Ziele wurden somit von allen 193 UN-Mitgliedsstaaten beschlossen, sind für alle Länder gültig und verknüpfen soziale, ökologische und ökonomische Zukunftsfragen. Die Staaten haben sich also auf eine Vision geeinigt, in welche Richtung sich die Welt und die globale Gesellschaft bis 2030 entwickeln soll. Auch die Rolle von friedlichen Gesellschaften wird durchgehend in der neuen Agenda berücksichtigt. Die Ziele, welche die Staaten bis 2030 erreichen möchten, sind überaus ambitioniert und umfassend. Um sie zu erreichen, braucht es deutliche Kraftanstrengungen und ein grundlegendes Umdenken in der Politik – nicht umsonst gaben die Staaten der neuen Agenda den Titel „Die Transformation unserer Welt“. Diese Vision einer besseren und nachhaltigen Zukunft für 2030 in die Realität umzusetzen, stellt die Staaten vor große Herausforderungen.

Österreich leistete einen wichtigen Beitrag bei der Erarbeitung der 2030 Agenda und brachte sich sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene in die Verhandlungen ein. Zur UN-Generalversammlung in New York, auf der die Agenda feierlich im September 2015 beschlossen wurde, reisten der Bundespräsident sowie vier Minister*innen an. Danach war allerdings von der angekündigten „Transformation unserer Welt“ kaum etwas zu bemerken, es wurde weiter „business as usual“ gemacht. In Österreich gibt es nach wie vor keine

übergeordnete Strategie, wie die SDGs bis 2030 erreicht werden sollen. Ebenso fehlt Klarheit und Transparenz darüber, welche konkreten, neuen Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen. In anderen Staaten, wie etwa in Deutschland, wurden die SDGs zur Chefsache erklärt und eine Strategie auf Basis eines öffentlichen Konsultationsprozesses entwickelt. In Österreich hingegen beruft man sich auf ein sogenanntes „Mainstreaming“, welches allerdings oft bedeutet, dies, was ohnehin schon geschieht, als SDG-Umsetzung zu benennen. Eine auf Nachhaltigkeit basierende politische Vision für 2030 ist bisher nicht in Sicht.

Die Bildung einer neuen Regierung wäre nun die Chance, diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Österreich zu einem Vorreiterland im Bereich nachhaltige Entwicklung zu machen. Die AG Globale Verantwortung befragte vor der Nationalratswahl im Oktober die sechs aussichtsreichsten Spitzenkandidat*innen, wie sie die SDGs umsetzen würden und wo sie Verbesserungsbedarf sehen. Fast alle Parteien bekannten sich in ihren Beantwortungen zur Umsetzung der SDGs. Sie bezeichneten die SDGs unter anderem als politische Handlungsgrundlage und als wesentliches Zukunftsprojekt. Wie die SDGs tatsächlich in das nächste Regierungsprogramm einfließen, ist noch offen. Nachhaltigkeitsthemen scheinen bisher in den Verhandlungen jedoch keine hohe Priorität zu haben.

Damit sich die zukünftige österreichische Bundesregierung als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen besser stellen kann, müsste

der Umsetzungsprozess deutlich beschleunigt werden. Dafür sollten die Ziele zur Chefsache erklärt und unter Beteiligung verschiedener Stakeholder eine Umsetzungsstrategie erarbeitet werden, in der konkrete Ziele und Maßnahmen in allen Politikbereichen dargelegt werden.

Von Seiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen war der Beschluss der 2030 Agenda ein guter Grund optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn die Agenda vermittelt die Zuversicht, dass Globalisierung im Sinne aller Menschen gestaltet werden kann, dass wir gemeinsam einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag verwirklichen können und dass zukünftige Generationen in einem intakten Ökosystem aufwachsen werden. Um der Agenda und den SDGs mehr Gewicht zu verleihen, schlossen sich im September 2017 über 100 NGOs aus unterschiedlichen Bereichen zu „SDG Watch Austria“ zusammen. Die zivilgesellschaftliche Plattform dient der verstärkten Vernetzung von Organisationen, um gemeinsam die Umsetzung der SDGs voranzutreiben. Wie auch immer sich die nächste Regierung für die Verwirklichung der Ziele einsetzen wird, die Zivilgesellschaft wird sie an ihre Verpflichtungen erinnern.

Mehr Informationen zur Plattform und den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung befinden sich auf der Webseite www.sdgwatch.at

Jakob Mussil arbeitet als EU-Politikreferent bei der AG Globale Verantwortung und ist Koordinator von SDG Watch Austria.